

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

erneut werden die Verbraucherinnen und Verbraucher von einem Lebensmittelskandal heimgesucht, falsch deklariertes Pferdefleisch in Tiefkühlkost. Hektisch versuchte Verbraucherschutzministerin Aigner wieder einmal, sich als konsequent handelnde CSU-Politikerin darzustellen. Und es geschah wieder einmal – viel zu wenig. Was wir brauchen ist eine ganz klare Kennzeichnung, woher Fleisch und Zutaten kommen. Punkt. Das ist doch ganz einfach. Außerdem müssen die Namen derjenigen Betriebe veröffentlicht werden, die solch eine Panscherei verursachen oder dulden. Die Vorschläge der SPD liegen auf dem Tisch – warum macht sich Aigner die nicht mal zu eigen?

Angela Merkel hat am Donnerstag eine bemerkenswert nüchterne und leidenschaftslose Rede gehalten zu den Beschlüssen des Europäischen Rates zum EU-Haushalt. In seiner Antwort legte Peer Steinbrück die Defizite der Merkelschen Regierung scharfsinnig offen. Ihre obsessive Sparpolitik führt inzwischen zur Verelendung in den südeuropäischen Staaten, und von Wachstum ist dort kaum etwas zu sehen. Merkel spart Europa kaputt. Wichtig sind Wachstumsimpulse, die Einführung der Finanztransaktionssteuer, eine Reformierung des Bankensektors. Hier aber ist Merkel eine „Last-Minute-Kanzlerin“, wie Peer Steinbrück es trefflich formulierte: Sie macht zu wenig, sie laviert, sie handelt zu spät. So ist dieses wunderbare Modell Europa nicht zu stabilisieren.

Skandalös ist auch, was Merkels Regierung sich erlaubt beim Armuts- und Reichtumsbericht. Ganze Passagen wurden dort verfremdet, gekürzt, umgeschrieben. Und zwar solche, die offen legen, wie sehr das Land unter einer Gerechtigkeitslücke leidet, wie schnell große Vermögen weiter anwachsen, wie schnell Menschen aber auch abstürzen ins Prekariat. Hier soll die eigene verfehlt Sozialpolitik bürokratisch verschleiert werden!

Solche Entwicklungen sind bedenklich. Geradezu unbegreiflich ist mir aber, wie die Bundesregierung mit den Menschenrechten Homosexueller umgeht. Zum fünften Mal wude Schwarz-Gelb vom Bundesverfassungsgericht korrigiert in seiner zynischen Haltung gegenüber gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Warum dürfen Homosexuelle nicht genauso lieben und leben dürfen wie Menschen in der klassischen Ehe? Mit allen Pflichten und Rechten. Was ist das für ein Menschenbild?

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE STEFAN HINTERMEIER, LUTZ HÖTTLER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL, MARTIN MADER, DIRK SAWITZKY
TELEFON (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 22.02.2013 13.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

02	Top-Thema: Debatte um EU-Ratsbeschlüsse	12	Ein Pakt für die Kreativwirtschaft
04	Aigners Prüfplan lässt vieles offen	13	Wahlrecht für Behinderte verbessern
05	Abrechnung mit Ilse Aigners Politik	14	Förderung von Ehe und Familie überprüfen
06	Mali unterstützen	15	Genitalverstümmelung wirksam bekämpfen
07	Presserunde mit Thomas Oppermann	16	Arbeitssituation von Lehrkräften in Integrationskursen verbessern
08	„Bundestag debattiert über Missbrauch von Leiharbeit	16	Ernährungssicherung in Entwicklungsländern strukturell verbessern
09	Missbrauch von Werkverträgen stoppen	17	Wie sexistisch ist unsere Gesellschaft?
10	Regierung verfälscht Armutsbericht	18	Überschätzt sich die Türkei?

TOP-THEMA

Steinbrück: „Frau Bundeskanzlerin, Sie sind eine Last-Minute-Kanzlerin!“

Bundeskanzlerin Merkel gab am Donnerstagmorgen eine Regierungserklärung zum vergangenen EU-Gipfel ab, auf dem der Mittelfristige Finanzrahmen, der Haushalt, beschlossen wurde. In der Debatte attackierte Peer Steinbrück die Regierungschefin scharf.

Peer Steinbrück warf der Kanzlerin die Beschönigung ihrer Europapolitik vor. „Europa ist leider nach wie vor in keiner guten Verfassung“, stellte er fest. Eine schrumpfende Wirtschaft und eine perspektivlose Jugend seien die Konsequenz, wenn „aus Sparen Kaputtsparen wird.“ Die Situation Europas entwickle sich zu einer Gefahr für die politische und gesellschaftliche Ordnung. Aus Repression drohe Depression zu werden. Die Krise sei „eine Gefahr für die gesellschaftliche Ordnung“ und das „wunderbare Zivilisationsmodell Europa“.

Der beschlossene EU-Finanzrahmen sei ein „schädliches Spardiktat“, so Steinbrück, „der andere europäische Länder zunehmend in Depression und Verelendung hineinbringt.“ Merkel müsse ihre „merkwürdige Allianz“ mit dem britischen Premierminister Cameron hinterfragen. „Wer in Zukunft mehr Europa will, der braucht Partner, die ihre Zukunft in Europa sehen“, stellte Steinbrück mit Blick auf die europakritische Haltung des Briten fest.

Die beschlossenen Maßnahmen der europäischen Regierungschefs gegen die Jugendarbeitslosigkeit seien ein „makaberer Etikettenschwindel“. Denn von den vorgesehenen 6 Milliarden Euro würden 3 Milliarden Euro aus Einsparungen in den Sozialfonds finanziert werden. „Das ist das Prinzip linke Tasche, rechte Tasche.“ Der Kanzlerkandidat sieht großen Widerstand gegen den EU-Finanzrahmen im EU-Parlament, denn die Regierungschefs in Europa stellten zu wenig Geld zur Verfügung, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Kanzlerin muss endlich Position beziehen

Steinbrück forderte die Kanzlerin auf, endlich aktiv zu werden. Er machte die Unterstützung der SPD bei weiteren Krisenmaßnahmen von der raschen Umsetzung der Finanztransaktionssteuer

abhängig, denn sonst wäre die Vertrauensbasis verspielt. Die Einnahmen aus der Abgabe stellten dringend benötigtes neues Geld für Wachstum in Europa dar. Steinbrück: „Wir brauchen diese Steuer!“

Er selbst habe, so Steinbrück weiter, vor sechs Monaten ein vernünftiges Konzept zu den Trennbanken vorgelegt; Schäuble habe genügend Zeit gehabt für ein ausgearbeitetes Gesetz. Dabei herausgekommen sei eine Lösung „Trennbanken light“, den selbst Stimmen aus der Regierungskoalition ablehnen würden.

Die Kanzlerin müsse Position beziehen und endlich „in die Niederungen“ der Politik begeben. Das gelte für die Regulierung der Finanzmärkte, des ESM, der europäischen Sozialsysteme, aber auch für die Innenpolitik. Lebensleistungsrente, Arbeitnehmerdatenschutz, Lohnuntergrenze, die Energiewende – zu keinem dieser Themen habe die Kanzlerin eine Haltung eingenommen. „Sie, Frau Bundeskanzlerin, sind eine Last-Minute-Kanzlerin“, stellte Steinbrück fest. Denn Merkel habe eine Neigung zum „Nicht-handeln, Noch-nicht-Handeln, Später-Handeln“.

Er ergänzte: „Es bleibt nur eine einzige Möglichkeit, nämlich dass andere diese Regierungsverantwortung übernehmen. Dazu ist die SPD bereit.“

Frühwarnsystem, um Finanzkrisen zu verhindern

In einem Entschließungsantrag (Drs. 17/12387) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, Aufsichtszuständigkeiten und -befugnisse an die EZB nur für eine Übergangszeit zu übertragen und sobald wie möglich diese auf eine eigene Institution auszulagern. Dazu soll die Aufsicht über Kreditinstitute durch die Europäische Zentralbank befristet werden. Des Weiteren soll dafür Sorge getragen werden, dass die gemeinsame Aufsicht bei der EZB bis zur Übertragung auf eine eigene Institution strikt von der Geldpolitik und der Verantwortlichkeit der EZB für die Preisstabilität getrennt wird.

Um zukünftige Krisen zu verhindern fordert die SPD-Fraktion, dass der gemeinsame Aufsichtsmechanismus ein Frühwarnsystem beinhaltet, um eine sektorenübergreifende und ganzheitliche Aufsicht zu schaffen. Neben dem Aufsichtsmechanismus soll ebenfalls ein europaweit einheitliches Restrukturierungs- und Abwicklungsregime eingeführt werden. Denn die Öffentlichkeit muss darauf vertrauen können, dass Banken restrukturiert oder liquidiert werden können, ohne Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu belasten. Bei systemrelevanten Banken soll das über eine europäische Abwicklungsbehörde erfolgen.

Mit Mitteln des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) dürfen aber nach dem Antrag der SPD-Fraktion nicht Banken gerettet werden, das soll nur mit Mitteln eines Bankenhaftungsfonds geschehen. Der soll durch eine Bankenabgabe finanziert und für Restrukturierungen und Abwicklungen herangezogen werden. Sollte aber der ESM zur Bankenrettung dienen, muss dies von einer weitgehend vorrangigen Privatsektor- und Gläubigerbeteiligung abhängig gemacht werden.

Zur Kontrolle soll die gemeinsame Aufsicht einer Fach- und Rechtsaufsicht sowie den nationalen Parlamenten und so auch dem Bundestag unterstellt werden.

VERBRAUCHERSCHUTZ

Lebensmittelskandal: Aigners Prüfplan lässt vieles offen

Diesmal ist es Pferdefleisch in falsch gekennzeichneten Fertigprodukten. Und einmal mehr ist es ein handfester Lebensmittelskandal, der Verbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) nun aber endlich dazu treibt, den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher in Angriff zu nehmen. Das zumindest suggeriert der Zehn-Punkte-Aktionsplan vom 18. Februar, den sie gemeinsam mit den Verbraucherministerinnen und -ministern der Länder verabschiedet hat.

Vielleicht wäre uns so mancher Skandal erspart geblieben oder aber er hätte schneller entdeckt werden können, wenn Aigner getreu ihrem Amtsvorgänger Seehofer (CSU) ihre Politik nicht an den Interessen der Lebensmittellobby ausrichten würde. Möglichkeiten im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher umzusetzen hat sie in den vergangenen drei Jahren genug gehabt. Sie hat sie schlicht nicht genutzt.

Ein Aktionismusplan mit Prüfaufträgen

Wer sich den Aktionsplan genau ansieht merkt schnell: Von zehn Punkten sind vier lediglich Prüfaufträge: So soll die „Anforderung an die Eigenkontrollsysteme der Unternehmen auch im Hinblick auf Täuschungen und Irreführung bei Lebensmitteln“ überprüft werden. Gleiches trifft auf die Informationspflichten der Unternehmen gegenüber den Behörden zu. Auch die Einführung eines Frühwarnsystems, mit dem Überwachungsbehörden proaktiv gegen vermutete Täuschungen vorgehen könnten, steht nur als Prüfauftrag im Aktionsplan genauso wie schärfere Sanktionsmöglichkeiten z. B. durch Abschöpfung von Gewinnen aus Täuschungsmanövern.

Betrug muss hart bestraft werden, dafür müssen die Strafverfolgungsbehörden sorgen. Die durch Verbrauchertäuschung erzielten Gewinne müssen abgeschöpft werden. Dazu bedarf es keiner Gesetzesänderung. Die Strafverfolgung wird einfacher, wenn die Länderschwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten.

Behörden müssen Täuschungen offenlegen

Die im Aktionsplan angekündigte Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Verbraucherinformation, die Behörden erlaubt, Verbraucherinnen und Verbraucher über Produkttäuschungen zu informieren, hat Frau Aigner bisher immer verhindert. Sonst dürften die Behörden die Namen und die Hersteller von pferdefleischhaltigen Produkten längst öffentlich machen. Schon die Formulierung im Aktionsplan das Verbraucherinformationsrecht jetzt „praxistauglich“ und „angemessen“ zu optimieren lässt befürchten, dass die Ministerin wieder vor der Lobby einknicken wird. Die SPD-Bundestagsfraktion hat schon vor zwei Jahren eingefordert, alle Untersuchungsergebnisse der Behörden offenzulegen, stellt SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber fest. Denn nur, wenn die Hersteller befürchten müssen, dass ihre Gaunereien öffentlich genannt werden, wird sich etwas ändern, ist sich die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Elvira Drobinski-Weiß, sicher.

Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln einführen

Auch die von Aigner noch letztes Jahr abgelehnte Herkunftskennzeichnung der Zutaten in Lebensmitteln, findet sich jetzt im Aktionsplan wieder. Dabei hat sie die dahingehenden Pläne der Europäischen Union bisher blockiert. Das von ihr geleitete Ministerium hat diese Haltung in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion in Bezug auf die Angaben zu Geburts-, Aufzucht- und Schlachtort folgendermaßen artikuliert: „Die Bundesregierung setzt sich für solche Angaben ein, bei denen Aufwand und Nutzen für die Verbraucher und die Unternehmen – insbesondere kleine und mittlere Unternehmen – in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.“ Diese Behördenformulierung weist darauf hin, dass vor allem die

Lobbyinteressen berücksichtigt werden. In einer Rede vor dem Spitzenverband der Lebensmittelwirtschaft im April 2011 hat sich Ministerin Aigner gegen die Pläne der EU zur Herkunftskennzeichnung ausgesprochen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine Kennzeichnung der Herkunft von Fleisch auch als Zutat in Fertiggerichten.

Rückverfolgbarkeit sicher stellen – Hinweisgeber schützen

Die Rückverfolgbarkeit ist notwendig, um Betrüger in der Lebensmittelbranche entlarven zu können. Die Lieferkette muss für Kontrolleure transparent sein, und zwar über die gesamten Handelsstufen hinweg. Hinweise von Beschäftigten im Bereich der Lebensmittelindustrie unterstützen die Aufdeckung von Lebensmittelskandalen, deshalb müssen sie als Hinweisgeber oder Whistleblower rechtlich geschützt werden. Das hatte Aigners Amtsvorgänger Seehofer bereits in der letzten Wahlperiode vor dem Hintergrund des Gammelfleischskandals zugesagt, doch die Lobby hat dieses Gesetzvorhaben kassiert. Die SPD-Fraktion hat sich immer wieder dafür eingesetzt und Vorschläge ins Parlament eingebracht.

Arbeit der Lebensmittelaufsicht finanziell absichern

Damit die Lebensmittelaufsicht auch in Zeiten knapper Kassen gut aufgestellt ist, muss sie kostendeckende Gebühren erheben. Das haben die Regierungsparteien in Niedersachsen auf Vorschlag der SPD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart. Das sollte Schule machen und in weiteren Bundesländern verankert werden.

Das von Aigner vorgeschlagene „Regionalfenster“ zur Kennzeichnung regionaler Produkte ist eine Mogelpackung, auch wenn darunter gute Initiativen versammelt sind. Denn danach könnte Milch aus Holland von einer Molkerei aus Mecklenburg-Vorpommern unter dem Siegel „von der Küste“ als regional vermarktet werden. Die SPD-Bundestagsfraktion plädiert dagegen für einen gesetzlichen Schutz der Bezeichnung „regional“. Das will die Ministerin nicht. Ebenso lehnt sie die Förderung der Regionalvermarktung ab, die die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2012 als Bundesprogramm gefordert hat.

Wir alle dürfen gespannt sein, was Frau Aigner aus dem Aktionsplan macht. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, spricht von „Repetierhmetik“, denn Aigner verharre wie zuvor bei Ankündigungen, heraus komme aber nichts. Dabei sollte die Bundesregierung in einem Eilverfahren die Voraussetzungen für eine Information der Öffentlichkeit schaffen. „Das Verbraucherinformationsgesetz muss sofort geändert werden“, fordert Oppermann.

Abrechnung mit Verbraucherpolitik von Ilse Aigner

Die Debatte über den Verbraucherpolitischen Bericht 2012 der Bundesregierung nutzte die Opposition, um mit der Politik der zuständigen Ministerin Ilse Aigner (CSU) abzurechnen. Sie hat ihre Amtszeit dadurch geprägt, dass sie vor der Lebensmittellobby in die Knie gegangen ist, alles mögliche angekündigt hat und konzeptlos von Skandalen getrieben wurde. Die SPD-Fraktion hat Anträge für eine Neuausrichtung der Verbraucherpolitik vorgelegt.

Auch der aktuelle Skandal um Pferdefleischanteile in Fertigprodukten zeigt es wieder: Erst wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, schwingt sich Frau Aigner auf und kündigt Maßnahmen an. Doch davon bleibt am Ende nicht viel übrig.

Aigner: ankündigen, bremsen, zaudern

Die Politik von Frau Aigner lässt sich nach den Worten von SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber so beschreiben: „A wie Ankündigen, B wie Bremsen und Z wie Zaudern“. Er sprach von einer

unterirdischen Bilanz am Ende von Aigners Amtszeit. Sie hätte sich mehr mit „Eigenschutz anstatt mit Verbraucherschutz“ beschäftigt. Auch den Aktionsplan zum aktuellen Pferdefleischskandal hätten ihr wieder die Länder aufgedrückt. Vieles davon hätte auch schon in anderen Aktionsplänen gestanden.

Kelber warf Aigner vor, nichts für den Datenschutz von Beschäftigten zu tun. Auch hätte sie die gemeinsame Schlichtungsstelle für verschiedene Verkehrsträger wie z. B. Airlines und Bahn immer noch nicht geschaffen. Im gesundheitlichen Verbraucherschutz handle Aigner nicht, um die Verbraucherinnen und Verbraucher vor der Ausweitung des Verkaufs von Individuellen Gesundheitsleistungen, die von der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nicht übernommen werden, zu schützen.

Verbraucher wollen wissen, was Behörden ermittelt haben

Die für Verbraucherschutz zuständige Hamburger Senatorin, Cornelia Prüfer-Storcks (SPD), wies darauf hin, dass Verbraucherinnen und Verbraucher informiert werden wollen über das, was Behörden wissen. So fänden eine Million Kontrollen durch die Lebensmittelaufsicht statt, bei denen zu 25 Prozent Verstöße festgestellt würden, über die die Behörden nicht berichten dürften, weil die Bundespolitik das blockiere. Die Verbraucherpolitik der Bundesregierung laufe nach folgendem Muster ab: „Nicht nötig. Nicht möglich, und dann setzt man es nicht durch“, sagte Prüfer-Storcks. So hätten die Länder die Hygiene-Ampel für lebensmittelverarbeitende Betriebe gefordert, doch der Bund sei nicht aktiv geworden. Auch beim Schutz privater Anleger sei nichts passiert, genauso wie bei der Begrenzung der Dispozinsen und der Telefonwerbung. Nun werde der Bundesrat Initiativen vorlegen.

SPD-Fraktion will Neuausrichtung der Verbraucherpolitik

Die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Elvira Drobinski-Weiß, forderte eine grundlegende Neuausrichtung. Dazu gehöre, dass der Verbraucherschutz aufgrund der Interessenkonflikte mit der Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft ein eigenständiges Ressort erhalte. Es müsse endlich Markttransparenz geschaffen und das ungleiche Verhältnis zwischen Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbrauchern auf gleiche Augenhöhe gebracht werden. Die Bundesregierung interessiere sich nicht für die Verbraucher; das zeige auch der Verbraucherpolitische Bericht, der keine Bilanz präsentiere, sondern geschönt sei. Die Regierung habe keine verbraucherpolitische Strategie. Eine Analyse der Schwächen sei notwendig sowie Regulierungen der Märkte. Die Politik müsse auf den realen Verbraucher ausgerichtet werden. Dazu will die SPD-Fraktion auch die Verbraucherschutzforschung stärken, um zu wissen, wie die Verbraucherinnen und Verbraucher wirklich ticken. Ein Verbraucher-Check soll die Auswirkung von Gesetzen auf Verbraucherinnen und Verbraucher überprüfen. Die SPD-Fraktion habe ein Gesamtkonzept. Die Regierung habe die Gelegenheit, den beiden Anträgen (Drs. 17/2343, 17/8922) zuzustimmen und damit für die Verbraucher einen anderen, sicheren, transparenten und verbraucherfreundlichen Markt zu unterstützen.

AUSSEN

Europäische Unterstützung bei der Stabilisierung Malis

Mali befindet sich seit über einem Jahr in einer krisenhaften Entwicklung. Im Frühjahr 2012 gelang es islamistischen Kräften, weite Teile des Nordens Malis unter ihre Kontrolle zu bringen. Seitdem hat sich die humanitäre Lage in der Region enorm zugespitzt. Schwerste Menschenrechtsverletzungen, Tötungen, Geiselnahmen und die Zerstörung kultureller und religiöser Stätten waren seitdem an der Tagesordnung. Mehr als 350.000 Menschen mussten ihre Heimat verlassen und befinden sich auf der Flucht.

Vor diesem Hintergrund hat der VN-Sicherheitsrat am 20. Dezember 2012 mit der Resolution 2085 eine Internationale Unterstützungsmission in Mali unter afrikanischer Führung (AFISMA) ermächtigt, die territoriale Integrität Malis mit allen erforderlichen Mitteln wieder herzustellen. Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen werden aufgefordert, AFISMA zu unterstützen.

Am 19. Februar hat das Bundeskabinett die Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Mali beschlossen. Beide Anträge sind durch VN-Resolutionen gedeckt und werden daher voraussichtlich auch im Bundestag auf breite Zustimmung stoßen. Die Abstimmung ist für Ende Februar/Anfang März zu erwarten; die 1. Lesung fand am Mittwoch statt.

Zum einen geht es um die deutsche Beteiligung an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM Mali. Ziel dieser Mission ist es, die Regierung in Mali bei der Stabilisierung der Lage im Land durch die Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der malischen Armee effektiv zu unterstützen. Die EU hat am 18. Februar auf Bitten der malischen Regierung und in Verbindung mit den VN-Sicherheitsratsresolutionen 2071 und 2085 einen entsprechenden Beschluss zur Entsendung von ca. 450 Ausbildern und Kräften, die für Sicherheit, Verwaltung und medizinische Versorgung zuständig sind, beschlossen. Zahlreiche europäische Länder werden sich daran beteiligen. Deutschland wird mit ca. 40 Ausbildern und einer etwa gleich großen Zahl an Sanitätskräften vertreten sein. Anfang April soll EUTM Mali seine Arbeit aufnehmen.

Das zweite Mandat sieht die Entsendung deutscher Soldaten zur Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission AFISMA vor. Dabei geht es schwerpunktmäßig um eine entsprechende Unterstützung von AFISMA durch Lufttransport und Luftbetankung französischer Streitkräfte im Rahmen von Unterstützungsoperationen für AFISMA. Beide Mandate haben eine Dauer von zwölf Monaten.

Wie Gernot Erler, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion erklärte, darf sich die Unterstützung Malis jedoch nicht allein auf militärische Maßnahmen beschränken. Entscheidend ist ein breit angelegter politischer Prozess, der vor allem auch den Dialog zwischen der Regierung in Bamako und den Bevölkerungsgruppen des Nordens beinhaltet und sie in einen Aussöhnungs- und Friedensprozess einbindet. Langfristige Stabilität wird nur zu erzielen sein, wenn allen Bevölkerungsgruppen eine gleichberechtigte Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung Malis ermöglicht wird. Humanitäre Hilfe und die Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit sind ebenfalls von besonderer Dringlichkeit, um eine Hungerkatastrophe im kommenden Jahr zu verhindern. Dies wird nur gelingen, wenn die Menschen möglichst bald wieder zurück in ihre Heimat können, um vor Beginn der Regenzeit die Felder zu bestellen."

MEDIEN

Presserunde: SPD bringt neue Initiativen im Bundesrat ein

Vor der Hauptstadtpresse äußerte sich am Mittwoch der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann zu den aktuellen politischen Entwicklungen und den Plänen seiner Fraktion.

Oppermann berichtete von seinem Aufenthalt in London, bei dem er sich informierte u. a. über die Befragungsrunde des Premierministers (Prime Minister's Question Time) im Unterhaus. Damit würden lebhaftere Rededuelle zwischen Regierung und Opposition ermöglicht, so Oppermann. Das sei „ein perfektes Format“, zum Beispiel für Peer Steinbrück. Nach der Bundestagswahl wolle die SPD daher einen neuen Anlauf für eine Reform der

parlamentarischen Abläufe machen, für die sie in dieser Wahlperiode keine Mehrheit gefunden hatte.

Mit Blick auf die Niedersachsen-Wahl und die Vereidigung von SPD-Ministerpräsident Stephan Weil erklärte Oppermann, es gebe nun nur noch 22 Millionen Bürgerinnen und Bürger, „die ohne die SPD auskommen müssen“. Aber das werde sich nach der Bundestagswahl ändern. Im Bundesrat hält Schwarz-Gelb nach Aussage von Oppermann nur noch 15 Stimmen. Die SPD hat nun in der Länderkammer eine Gestaltungsmehrheit. „Die werden wir nutzen, um zu kontrollieren und zu korrigieren“, konstatierte Oppermann.

Er terminierte drei SPD-Initiativen im Bundesrat: Am 1. März einen Antrag zur Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns von 8,50 Euro je Stunde, am 22. März eine Initiative zur Abschaffung des Betreuungsgeldes und am 3. Mai eine Regelung, „die den Entzug der Banklizenz für Banken vorsieht, die sich an Steuerbetrug beteiligen“.

Wichtig war es dem Fraktionsgeschäftsführer zu betonen, dass Schwarz-Gelb keine eigenen Initiativen zu einer Mindestlohneinführung unternommen hat, sondern lediglich bereits bestehende Konzepte von Franz Müntefering und Olaf Scholz umsetzte. Nach Vorstellungen der SPD soll eine zu je einem Drittel von Vertretern der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und der Wissenschaft gebildete Kommission den gesetzlichen Mindestlohn jedes Jahr neu festsetzen. Wichtig ist der SPD, so Oppermann, dass es keine Öffnungsklauseln nach unten gebe, 8,50 Euro ist die unterste Grenze.

Er betonte, dass die Geschehnisse rund um den Online-Versandhändler Amazon wohl nur die Spitze des Eisbergs seien. Es sei nicht zu akzeptieren, dass Arbeitnehmer quasi kaserniert würden. Allerdings habe Amazon schnell gehandelt.

Während der Lebensmittelskandal um Pferdefleisch immer größer wird, betreibt Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) nur eine „Repetierhetorik“, wie Oppermann es nannte. Sie verharre wie zuvor bei Ankündigungen, heraus komme aber nichts. Die SPD-Fraktion fordert eine klare Kennzeichnung europaweit, wo Fleisch und Zutaten herkommen. Außerdem müssen die Namen der betroffenen Betriebe veröffentlicht und Informanten (Whistleblower) besser geschützt werden.

Ein ernstes Anliegen ist Thomas Oppermann die Gleichstellung Homosexueller. „Die Bundesregierung betreibt eine diskriminierende Praxis.“ Es sei so, dass das Bundesverfassungsgericht der Bundesregierung die Menschenrechte Homosexueller quasi abnötigen muss. Oppermann: „Ich finde das eine bedenkliche Entwicklung.“ Es sei völlig offensichtlich, dass das gegen die Beachtung der Verfassung spricht. „Das Parallelrecht für homosexuelle Lebenspartnerschaften reicht nicht, wir wollen eine vollständige Gleichstellung.“

AKTUELLE STUNDE

Bundestag debattiert über Missbrauch von Leiharbeit

Der Umgang mit Leiharbeitnehmern bei Amazon ist keine Ausnahme, sondern Ausdruck einer Unordnung am Arbeitsmarkt – mit Niedriglöhnen, schlechten Arbeitsbedingungen und unsicherer Beschäftigung.

Am Mittwoch diskutierte der Bundestag auf Antrag der SPD über Konsequenzen aus der Schikane von Leiharbeitnehmern beim Online-Versandhaus Amazon. In der Debatte machten die Rednerinnen und Redner der SPD-Fraktion deutlich: Die durch Medienberichte bekannt gewordene, untragbare Ausbeutung und Menschenschinderei bei Amazon ist kein Einzelfall.

Sie ist „die Spitze des Eisberges der Prekarisierung am Arbeitsmarkt“, wie es der SPD-Politiker Klaus Barthel formulierte.

Barthel verwies darauf, dass die Hälfte aller neuen Arbeitsverhältnisse befristet ist, dass sich die Leiharbeit in den letzten Jahren mehr als verdoppelte und dass Leiharbeiter im Schnitt 40 Prozent weniger Lohn erhalten als Festangestellte – bei unsichereren Arbeitsbedingungen. Barthel: „Amazon ist überall.“

Die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Anette Kramme, schlug in die gleiche Kerbe und kritisierte die schwarz-gelbe Bundesregierung dafür, die Größe des Problems herunterzuspielen. „Es gibt keine Bereitschaft anzuerkennen, dass hinter diesen Praktiken Methoden stehen, die den ganzen Arbeitsmarkt immer wieder beeinträchtigen, vor allem im Niedriglohnsektor“, so Kramme.

Die SPD-Sozialpolitikerin Gabriele Lösekrug-Möller kritisierte, Bundesarbeitsministerin von der Leyen wende in solchen Fällen zunächst immer das Prinzip der „größtmöglichen Empörung“ an, um „im nächsten Akt“ alles als Einzelfall zu deklarieren und sich dadurch als Gesetzgeber aus der Verantwortung zu stehlen. Anette Kramme sagte: „Man kündigt lautstark wirkungslose Maßnahmen an, ohne tatsächlich bereit zum Handeln zu sein.“ Schwarz-Gelb sei nicht einmal bereit, die Europäische Leiharbeitsrichtlinie konsequent umzusetzen, geschweige denn für gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu sorgen.

Für eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt

Für die SPD-Fraktion steht dagegen fest: Beim Missbrauch von Leiharbeit und der Ausbreitung von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung handelt es sich um ein „strukturelles Problem“ (Lösekrug-Möller). Deshalb kann die Konsequenz aus dem Amazon-Skandal auch nur in einer neuen Ordnung am Arbeitsmarkt bestehen. Dazu gehören der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ beim Stammpersonal und der Leihbelegschaft, die Eindämmung von Befristungen, der Ausbau der Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Maßnahmen gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Minijobs sowie der gesetzliche Mindestlohn.

Der SPD-Politiker Michael Roth, in dessen hessischem Wahlkreis Amazon einen Standort unterhält, appellierte auch an das Verantwortungsbewusstsein der Unternehmen: „Wir brauchen eine Wiederbelebung der Kultur der sozialen Verantwortung“, so Roth. „Unternehmen die rein profitorientiert an den Interessen der Beschäftigten vorbei operieren - das kann nicht Ziel der sozialen Marktwirtschaft sein.“

Missbrauch von Werkverträgen stoppen

Schlachtereien, Lebensmitteldiscounter und Paketzusteller – in zahlreichen Branchen nimmt die Zahl der Beschäftigten zu, die nicht der Stammebelegschaft angehören, sondern einen Arbeitsvertrag bei einer Drittfirma besitzen. Zwar haben Werkverträge in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft eine lange Tradition, jedoch werden sie zunehmend von Arbeitgebern genutzt, um die Personalkosten zu reduzieren: Gruppen von Arbeitnehmern oder Solo-(Schein)Selbstständige werden als Fremdpersonal in Unternehmen neben der eigentlichen Stammebelegschaft eingesetzt. Teilweise werden auch ganze Betriebsteile ausgegliedert.

Die Folgen: Lohn- und Sozialdumping, mangelnder sozialer Schutz der Beschäftigten und die Umgehung der Mitbestimmung. Kaum ist die Leiharbeitsbranche durch europäische Vorgaben etwas besser reguliert und ein Mindestlohn für Leiharbeiter eingeführt, missbrauchen Arbeitgeber Werk-, Dienst-, oder Geschäftsbesorgungsverträge nicht nur als Instrument der Personalflexibilisierung, sondern vor allem zur Reduzierung von Lohnkosten.

Diesem Missbrauch muss begegnet werden. In einem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der klare Kriterien zur Abgrenzung zwischen Leiharbeit und Werkverträgen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) beinhaltet, die Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte für Fremdpersonal in den Unternehmen ausweitet und Sanktionen bei Missbrauch festschreibt.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen in den gesetzlichen Regelungen klarer fassen, was ein echter und was ein Schein-Werkvertrag ist, und die Sanktionen bei falscher Etikettierung verschärfen. Auch Schein-Selbständigkeiten sollen klarer definiert werden. Sofern kein eigenständiges Werk erstellt wird und das Werkvertragsunternehmen in den regulären Produktionsablauf eingebunden ist, handelt es sich um „Scheinwerkverträge“, die unterbunden werden müssen.

Betriebsräte sollen mehr Informations- und Mitbestimmungsrechte bei der Personalplanung und beim Personaleinsatz bekommen. Zudem soll ein branchenunabhängiger gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro eingeführt werden. Die Bundesregierung soll ein Gutachten über Lohndumping durch den Einsatz von Fremdpersonal in Auftrag geben.

SOZIALES

Schwarz-Gelb verfälscht Armuts- und Reichtumsbericht

Die erste Fassung des 4. Armuts- und Reichtumsberichts aus dem Arbeits- und Sozialministerium erreichte am 19. September 2012 durch einen ersten Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ die Öffentlichkeit. Offensichtlich gab es im Hause von Frau von der Leyen Befürchtungen, dass ihre Kabinettskolleginnen und -kollegen, allen voran die der FDP, den Bericht so nicht würden stehen lassen. Denn diese erste Fassung enthielt Bewertungen mit einem kritischen Blick auf die soziale Lage und die Lebensverhältnisse in Deutschland. Die zweite Entwurfsfassung vom 21. November 2012, die dem wissenschaftlichen Beraterkreis und Verbänden vorgelegt wurde, ist bereinigt und geschönt. Andere Ressorts und vor allem das FDP-geführte Wirtschaftsministerium haben sich offenbar ihre eigene Wirklichkeit zusammengestrichen und den Bericht frisiert.

Das Kabinett wollte den verfälschten 4. Armuts- und Reichtumsbericht eigentlich am 19. Dezember vergangenen Jahres beschließen, dann wurde es Januar, und jetzt heißt es, er solle am 6. März beraten werden. Am 21. Februar hat der Bundestag über den Umgang der Bundesregierung mit dem 4. Armuts- und Reichtumsbericht heftig debattiert.

Schwarz-Gelb tritt die Wahrhaftigkeit mit Füßen

SPD-Parteichef Sigmar Gabriel warf der Bundesregierung vor, mit ihrer Fälschung des Armuts- und Reichtumsberichts den „bürgerlichen Wert“ der Wahrhaftigkeit mit Füßen zu treten. Er erinnerte an Vizekanzler und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), der die an die Öffentlichkeit gelangte erste Fassung des 4. Armuts- und Reichtumsberichts von Ministerin von der Leyen (CDU) als „Unsinn“ bezeichnet hatte und auf die Ressortabstimmung verwies - was die Kanzlerin als Suche nach dem gemeinsamen Standpunkt unterstützte. „Der Bericht fordert keinen Standpunkt, sondern er sagt, was los ist. Die Wirklichkeit kann man nicht ressortabstimmen,“ sagte Gabriel. Damit enthalte die Regierung der Öffentlichkeit Informationen zur sozialen Wahrheit vor. Das komme „einer Entmündigung der Staatsbürger“ gleich, die sich eigentlich in „totalitären Staaten“ wiederfinde. Wenn der Lebensalltag von Menschen

ausgeblendet werde, schade das der Demokratie, machte Gabriel klar. Denn sie erlebten eine „politische Fälscherwerkstatt“, die in der Regierung am Werke sei. Ministerin von der Leyen habe mit der ersten Fassung Mut gezeigt, sei aber „mundtot“ gemacht worden, fügte Gabriel hinzu.

In der ersten Fassung des Berichtes gehe es um die neue soziale Frage, wie die Lasten des Gemeinwohls gerecht verteilt werden könnten. Dazu trügen der Mindestlohn von 8,50 Euro genauso bei wie Korrekturen bei der Leiharbeit und Investitionen in die Bildung. „Es kann nicht sein, dass „Menschen, die voll arbeiten, zum Sozialamt gehen müssen“, sagte der SPD-Parteichef. Der Bericht nennt dazu eindeutige Zahlen: Sechs Millionen Menschen arbeiten heute für weniger als 8 Euro in der Stunde. 25 Prozent der Beschäftigten arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen. Arbeitsverträge, die heute geschlossen werden, sind zu 50 Prozent befristet. Frauen verdienen noch immer fast ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen. 12 Millionen Menschen in Deutschland leben an oder jenseits der Armutsgrenze. „Arm trotz Arbeit – das ist das Problem“, sagte Gabriel.

Flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen

Es sei nicht mehr Leistung, die zum Aufstieg führe, sondern Beziehungen, Herkunft und Erbschaften, stellte Gabriel fest. Lohnuntergrenzen, die jeweils ausgehandelt würden, seien eine Mogelpackung und nicht das Gleiche wie ein gesetzlicher, flächendeckender Mindestlohn, wie ihn die SPD fordere. Es gehe nicht nur um die Höhe des Lohns, sondern „um den Wert und die Würde von Arbeit“. „Sozial ist nicht, was Arbeit schafft. Sozial ist, was Arbeit schafft, von der man leben kann“, sagte Gabriel.

Die erste Fassung des Berichts enthielt u. a. die Schlussfolgerung, dass große Vermögen in die Finanzierung öffentlicher Aufgaben stärker einbezogen werden müssen, doch diese Passage hat die Regierung gestrichen. Anstatt dessen schlägt sie vor zu prüfen, wie Spenden von Vermögenden eingeworben werden können. Das heißt, sie will notwendige Einnahmen des Staates vom goodwill reicher Leute abhängig machen. Sigmar Gabriel machte deutlich, dass die SPD die Steuern für einige erhöhen werde, damit die „normalen Menschen“ nicht alles bezahlen müssten. Herkunft dürfe nicht über die Chancen von Menschen bestimmen. „Dafür braucht das Land eine neue Regierung“, schloss Gabriel.

Schwarz-Gelb setzt sozialen Frieden aufs Spiel

Die Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagfraktion, Hilde Mattheis, warf der Bundesregierung vor, den Auftrag des Parlaments mit dem geschönten Bericht nicht erfüllt zu haben. Denn der Armuts- und Reichtumsbericht solle ein „Lagebild der gesellschaftlichen Zustände“ liefern.

Die Zahlen im Bericht machten jedoch deutlich, dass die Spaltung der Gesellschaft sich weiter vertieft habe. Auch Umfragen würden zeigen: 64 Prozent der Bevölkerung empfinden soziale Ungerechtigkeit. Seit Veröffentlichung des 3. Armuts- und Reichtumsberichts im Jahr 2008 sei die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinandergegangen. Trotz guter konjunktureller Lage habe das Armutsrisiko weiter zu- anstatt abgenommen und liegt mit 15,1 Prozent auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Die wenigen Kernindikatoren des Entwurfs des Armuts- und Reichtumsberichtes zeigten unabweisbar eine tiefgehende Umverteilung von unten nach oben zugunsten der Reichen und Superreichen. Das hat mit sozialer Marktwirtschaft nicht mehr viel zu tun.

Doch die Handlungsoptionen dieser Regierung fehlen komplett. Durch das Betreuungsgeld und die Ausdehnung der Minijobs verschärfe sich die Situation. Schwarz-Gelb beschneide die Zukunftsperspektiven für Kinder aus schwierigen Verhältnissen und „setzt den sozialen Frieden aufs Spiel“, sagte Mattheis.

KULTUR

Ein Pakt für die Kreativwirtschaft

Mit dem „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ hat die SPD-Bundestagsfraktion den Blick in die Zukunft gerichtet und gefragt: Wo stehen wir heute? Was kommt auf uns zu? Was können wir tun, damit Deutschland im Jahr 2020 ein lebenswertes, gerechtes und wirtschaftlich modernes Land mit einer selbstbewussten Demokratie ist?

Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Prosperität in unserem Land hängen wesentlich von der Innovationskraft, der Kreativität und den Talenten in unserer Gesellschaft ab. Wir wollen nicht mit anderen Ländern um billigere Löhne und niedrigere Arbeits- und Sozialstandards konkurrieren. Die Antwort muss darin bestehen, die besseren und intelligenteren Produkte, Verfahren und Dienstleistungen anzubieten, um im globalen Wettbewerb erfolgreich zu bestehen. Wir wollen einen vorsorgenden Sozialstaat, der in die Zukunft investiert und vordringliche gesellschaftliche Aufgaben erfüllt. Innovation, Kreativität und Talent sind dabei maßgebliche Ressourcen.

Die Kreativwirtschaft ist deshalb gleichzeitig Zukunftslabor und Avantgarde. Herausragende Innovationen und kreative Ideen, in den einzelnen Teilmärkten der Kultur- und Kreativwirtschaft entstanden, wirken in unsere Gesellschaft hinein und verändern sie.

Doch gerade Kreative sind von massiver sozialer Unsicherheit bedroht, von prekären Arbeitsbedingungen, Ausbeutung und unsicherer Zukunft.

Steinmeier wirbt für Kreativpakt

An diesem Freitagmorgen hat die SPD-Fraktion darum ihren sorgsam erarbeiteten Antrag „Projekt Zukunft – Deutschland 2020 – ein Pakt für die Kreativwirtschaft“ in den Bundestag eingebracht.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier sagte in seiner Rede vor dem Parlament: „Die Realität für viele Künstlerinnen und Künstler sind nicht Rote Teppiche und Glamour, sondern eher das Backen kleiner Brötchen.“ Dabei könne sich die Wertschöpfung der Kreativwirtschaft „locker mit der Automobilindustrie messen“. Darum müsse die Wertschätzung für Künstler über Sonntagsreden hinausgehen.

Die Koalition allerdings hat, etwa bei der Urheberrechtsreform, bislang nichts unternommen, um den Künstlern zu helfen, ähnlich wie beim Mindestlohn oder der Rente. Steinmeier präsentierte den Kreativpakt und erklärte die wesentlichen Ergebnisse und Forderungen des Antrags.

Der Kreativpakt wurde von der SPD-Fraktion initiiert und mit Wissenschaftlern und Kreativen aus allen kulturellen Bereichen ausgearbeitet. Etliche Künstlerinnen und Künstler sind in einem Film der SPD-Fraktion aufgetreten, um auf ihre prekäre Lage aufmerksam zu machen, darunter Stars wie Tim Renner, David Kross, Nova Meierhenrich, Christian Kahrman oder Katja Kullmann.

Steinmeier erklärte, dass die SPD-Fraktion für Freiheit im Internet sei, andererseits das Digitale den Künstler „nicht fressen darf“. Steinmeier: „Künstler müssen angemessen entlohnt werden“. Eine wichtige Maßnahme sei es zum Beispiel, die Kulturförderung und die Wirtschaftsförderung zusammenzuführen. Die Künstlersozialkasse muss reformiert und zukunftsfest gemacht werden. Urheberinnen und Urhebern müsse ein faires Einkommen ermöglicht, die Künstler durch die Verwertungsgesellschaften besser geschützt werden. Denn davon „hängt auch die Kunst ab, die wir alle so lieben“.

Ganz wichtig war Steinmeier: „Es geht nicht um die Verteilung von goodies, mal 1 Million Euro für einen Film. Es geht um die Veränderung von Strukturen.“ Der Kreativpakt ist das dazu passende Programm. Denn Kreativität ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts.

In dem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung u. a. auf:

- ein Gesamtkonzept für die Förderung Kreativwirtschaft vorzulegen, welches die komplexen Erwartungen und Bedürfnisse der Kreativwirtschaft – orientiert an den Vorschlägen des Kreativpaktes zu den Bereichen Urheberrecht, soziale Sicherung, Bildung, Netzpolitik sowie Kultur- und Wirtschaftsförderung – berücksichtigt und damit dieser Branche die politische Aufmerksamkeit zuteil werden lässt, die sie aufgrund ihrer Bedeutung verdient;
- einen mit den Ländern abgestimmten Bericht zur Kultur- und Kreativwirtschaft vorzulegen, um die Potenziale, Chancen und Trends besser als bisher einschätzen zu können und auf dieser Grundlage ein zwischen Kommunen, Ländern und Bund abgestimmtes, koordiniertes und wirksames Handeln zu ermöglichen;
- die Chancen und Potenziale dieser dynamisch wachsenden Branche zu fördern und nicht – wie die aktuelle Bundesregierung – zu verspielen;

Alle weiteren Forderungen in den Teilgebieten sind im Antrag auf www.spdfraktion.de/kreativpakt nachzulesen. Dort findet sich auch der Film.

INNENPOLITIK

Wahlrecht für Menschen mit Behinderung und Analphabeten verbessern

Augenblicklich sind in Deutschland Menschen mit Behinderungen, die in allen Angelegenheiten einen Betreuer oder eine Betreuerin haben, vom Wahlrecht ausgeschlossen. Gleiches trifft auf Menschen zu, die aufgrund strafrechtlicher Anordnung in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht sind. Das ist nach geltenden menschenrechtlichen Standards nicht zu rechtfertigen und verstößt gegen Ziele der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, die seit 2009 auch in Deutschland geltendes Recht ist. Darin ist vorgesehen, dass Menschen mit Behinderungen ihre politischen Rechte gleichberechtigt mit anderen wahrnehmen können. Außerdem werden die Vertragsstaaten verpflichtet, Menschen mit Behinderungen im Bedarfsfall und auf Wunsch zu erlauben, sich durch eine Person bei der Stimmabgabe unterstützen zu lassen.

Wenn Menschen mit Behinderung rundum betreut werden, lässt das noch lange keine Rückschlüsse auf ihre tatsächliche Einsichts- und Wahlfähigkeit zu. Und bei Menschen, die aus strafrechtlichen Gründen in einer psychiatrischen Klinik untergebracht sind, bezieht sich die Schuldunfähigkeit auf den Zeitpunkt der Tat. Zudem verlieren Menschen, die mit gleichem Krankheitsbild in einer psychiatrischen Einrichtung untergebracht sind, ohne straffällig geworden zu sein, ihr Wahlrecht nicht. Auch Menschen, die sich in Sicherungsverwahrung befinden, dürfen wählen. Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung in einem Antrag (Drs. 17/12380) auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Menschen mit Behinderungen, die in allen Angelegenheiten betreut werden, und Menschen, die aufgrund strafrechtlicher Anordnung in einer psychiatrischen Einrichtung untergebracht sind, nicht mehr von Bundestags- und Europawahlen auszuschließen.

Stimmzettel neu gestalten

Eine weitere Personengruppe ist bei Wahlen benachteiligt – die Analphabeten. In Deutschland leben etwa 7,5 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter, die von funktionalem Analphabetismus betroffen sind. Davon können zwei Millionen nur einzelne Wörter lesen und schreiben. Sie haben zwar das Wahlrecht, können es aber häufig ohne fremde Hilfe nicht eigenständig ausüben. Ihnen das Wählen zu erleichtern, ist auch Ziel des Antrages. Deshalb sollen bei künftigen Wahlen zum Bundestag und zum Europäischen Parlament die Stimmzettel neu gestaltet werden. Neben dem Namen des Kandidaten oder der Kandidatin soll ergänzend sein beziehungsweise ihr Bild abgedruckt werden und neben dem Namen der Partei das Parteisymbol.

Außerdem fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, unverzüglich die in ihrem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beschlossene Studie zur aktiven und passiven Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an Wahlen zum Abschluss zu bringen und die von ihr angekündigten Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Partizipation vorzulegen.

FAMILIEN

Förderung von Ehe und Familie überprüfen

Die an die Öffentlichkeit gelangten Evaluierungsergebnisse der familienpolitischen Leistungen in Deutschland bestätigen die Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion: Frühkindliche Bildung und Ganztagschulen müssen ausgebaut werden.

Insgesamt lässt sich Deutschland seine Familienförderung laut der Studie rund 200 Milliarden Euro kosten. Deutschland ist weit vorne, was die Förderung angeht, aber Schlusslicht bei der Geburtenrate und bei den beruflichen Aussichten junger Mütter. 30 Millionen Euro hat die Bundesregierung für die Studie bezahlt. Doch sie hält die Ergebnisse sowohl vom Parlament als auch von der Öffentlichkeit fern.

Die Studie, die nun über die Medien bekannt wurde, fordert unter anderem die Abschaffung des Ehegattensplittings sowie den Ausbau von Ganztagsangeboten für Bildung und Betreuung. „Es ist längst überfällig, die Ehe- und Familienförderung auf den Prüfstand zu stellen und entsprechende Gutachten endlich zu veröffentlichen. Die aktuelle Kritik am Ehegattensplitting und am Betreuungsgeld ist verheerend“, fordert SPD-Fraktionsvizein Dagmar Ziegler.

Das Ehegattensplitting führe dazu, heißt es in der Studie, dass Ehefrauen und Mütter keiner Berufstätigkeit nachgehen oder aber in Teilzeit- und Minijobs nur ein Zubrot verdienen. Auf der anderen Seite führe die durch das Ehegattensplitting geförderte Alleinverdiener Ehe dazu, dass die Ehemänner und Väter mehr arbeiteten und dadurch weniger Zeit mit ihren Kindern verbrächten.

„Ein Umsteuern in der Familienpolitik ist dringend erforderlich. Der Bund muss stärker auf die frühe Förderung und Bildung von Kindern sowie auf eine sozial gerechtere Ausgestaltung der Familienleistungen setzen“, erklärt die familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Caren Marks. Der Bund müsse die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz oben auf die Agenda setzen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert seit geraumer Zeit, das Ehegattensplitting für neu geschlossene Ehen abzuschaffen und stattdessen eine Individualbesteuerung vorzunehmen. Für bereits bestehende Ehen soll es einen Vertrauensschutz geben. Außerdem wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Betreuungsgeld im Bundesrat stoppen. Denn

es setzt einen völlig falschen Anreiz: Es hält Kinder von früher Bildung in öffentlich finanzierten Einrichtungen und Mütter vom Arbeitsplatz fern. Die SPD-Fraktion setzt auf den flächendeckenden Ausbau von frühkindlicher Bildung und Betreuung sowie von Ganztagschulen. So soll es künftig einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung und -schule geben, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser unter einen Hut zu bekommen ist.

Außerdem will die SPD-Fraktion Arbeitszeitmodelle, die es Eltern ermöglichen, partnerschaftlich neben der Arbeitszeit die Familienarbeit organisieren zu können. Geringverdiener sollen von einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn profitieren. Darüber hinaus soll es einen Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit und ein Rückkehrrecht auf einen Vollzeit Arbeitsplatz geben. Das Elterngeld soll partnerschaftlicher weiterentwickelt werden. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen soll der Bund eine beitragsfreie Kinderbetreuung, die auf die Arbeitszeiten der Eltern abgestimmt ist, durchsetzen. Mit einem neuen Kindergeld will die SPD-Fraktion Familien mit kleineren und mittleren Einkommen besser unterstützen und Vorteile für Besserverdienende abschaffen. Darüber hinaus wollen die Sozialdemokraten mit einem Maßnahmenbündel Alleinerziehende besser unterstützen.

RECHTSPOLITIK

Genitalverstümmelung wirksam bekämpfen

In verschiedenen afrikanischen und einigen asiatischen Ländern werden die weiblichen Genitalien aus traditionellen oder rituellen Gründen beschnitten. Migrantinnen aus jenen Ländern, die in Deutschland leben, müssen dieses Beschneidungsritual als so genannte Ferienbeschneidung in ihren Herkunftsländern oder in Deutschland erdulden. Nach Einschätzung von Terre de femmes sind in Deutschland 18.000 bis 20.000 Mädchen und Frauen von Genitalverstümmelung betroffen. Etwa 4000 bis 5000 hier lebende Mädchen und Frauen sind derzeit gefährdet, Opfer von Genitalverstümmelung zu werden.

Die Genitalverstümmelung stellt strafrechtlich regelmäßig nur ein Vergehen dar, was angesichts der mit der Beschneidung verbundenen großen Schmerzen, der hohen Komplikationsrate und der physischen und psychischen Folgen für die betroffenen Mädchen und Frauen nicht angemessen ist.

Die Strafverfolgung einer im Ausland begangenen Genitalverstümmelung ist problematisch, wenn den Eltern keine Vorbereitungshandlungen in Deutschland nachgewiesen werden können. In diesen Fällen ist deutsches Strafrecht nur anwendbar, wenn die Tat im Herkunftsland mit Strafe bedroht ist. Das ist aber in zahlreichen afrikanischen und auch asiatischen Ländern nicht der Fall.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat darum einen Gesetzentwurf vorgelegt, der Genitalverstümmelung zum Verbrechen hochstuft und sie in den Katalog der Auslandstaten gegen inländische Rechtsgüter aufnimmt. Der Entwurf regelt die Genitalverstümmelung in einem eigenen Absatz des § 224 Strafgesetzbuches. Der Tatbestand zur im Ausland begangenen Genitalverstümmelung wird im Entwurf in den Katalog des § 5 des Strafgesetzbuches aufgenommen.

Der bisherige Zustand verstößt gegen internationale Vorgaben.

MIGRATION UND INTEGRATION

Arbeitssituation von Lehrkräften in Integrationskursen verbessern

Integrationskurse sind ein wesentlicher Bestandteil der Integrationspolitik in Deutschland. Die Lehrkräfte bringen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in den Kursen die deutsche Sprache und andere Aspekte der deutschen Kultur näher, womit sie eine unverzichtbare gesellschaftliche Arbeit leisten. Sie sind über Bildungsträger beschäftigt, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine Pauschale je Teilnehmerstunde zur Durchführung der Kurse erhalten.

Seit Langem ist bekannt, dass die Mehrzahl dieser Dozentinnen und Dozenten in Integrationskursen nicht angemessen bezahlt wird – obwohl sie durch staatliches Geld entlohnt werden. Festangestellte bilden die Minderheit unter den Lehrenden, aber selbst eine Festanstellung ist häufig nicht mit einer finanziellen Besserstellung gegenüber Honorarkräften verbunden. Viele leben in prekären Verhältnissen, sind scheinselfständig und daher oft sozial nicht abgesichert, und das trotz ihrer sehr guten Ausbildung und dem hohen gesellschaftlichen Wert ihrer Tätigkeit. Aufgrund der geringen Bezahlung besteht auch die Gefahr, dass keine qualifizierten Lehrkräfte gefunden werden können, die den hohen Maßstäben des BAMF entsprechen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher in ihrem Antrag „Arbeitsbedingungen von Lehrkräften in Integrationskursen verbessern“ (Drs. 17/10647), dass Lehrkräfte ein angemessenes Honorar erhalten, das ihrer Qualifikation entspricht, damit sie von ihrer Arbeit leben können. Dazu gehört die Erhöhung der minimalen Bezahlung auf 26 Euro. Dass dieser Betrag nicht unterschritten wird, muss das BAMF im Rahmen der Zulassung von Trägern sicherstellen.

Um das Problem der Scheinselbstständigkeit zu beheben, wird von der SPD-Fraktion weiter gefordert, dass die soziale Absicherung der Soloselbstständigen – unter denen sich viele Lehrkräfte von Integrationskursen finden – gewährleistet wird. Denn soziale Rechte sollen für alle, unabhängig vom Arbeitnehmerstatus, gewährt werden. Um den Status der Lehrkräfte festzustellen, muss sofort nach Anstellung ein Statusverfahren eingeleitet werden, um der betroffenen Person Rechtssicherheit zu geben. Darüber hinaus soll die Quote der festangestellten Lehrkräfte geprüft und erhöht werden, um Planungssicherheit und soziale Absicherung zu garantieren.

Denn es muss der Grundsatz gelten: Wer gute und gesellschaftlich wichtige Arbeit als studierte Lehrkraft leistet, muss dafür gute Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen erhalten.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Ernährungssicherung in Entwicklungsländern strukturell verbessern

Obwohl das Recht auf Nahrung ein Menschenrecht ist, hungern weltweit 870 Millionen Menschen. Jedes Jahr sterben 2,5 Millionen Kinder an Mangelernährung, obwohl auf unserem Planeten genügend Nahrungsmittel produziert werden. Die Ursachen für Hunger und Armut liegen im Zugang zu Land und Nahrung und in der Verteilung. Unterernährung und extreme Armut sind also vermeidbar. Weltweites Ziel muss es daher sein, beides bis zum Jahr 2030 endgültig zu überwinden.

Am Donnerstagabend brachte die SPD-Fraktion einen Antrag zur Ernährungssicherung in Entwicklungsländern in den Deutschen Bundestag ein (Drs. 17/12379). Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung zukünftig stärker zu fördern. Die finanziellen Mittel sollen erhöht und die langfristige Planbarkeit in diesem Bereich sicher gestellt werden.

Der Antrag verlangt darüber hinaus, ländliche Entwicklung als Querschnittsaufgabe besser in der deutschen und internationalen Entwicklungspolitik zu verankern. Sie umfasst nicht nur die Sicherung von Ernährung, sondern betrifft auch die Einhaltung internationaler Arbeitsnormen, den Schutz von natürlichen Ressourcen, die Förderung von Frauen sowie die Stärkung sozialer Sicherungssysteme. Nahrungsmittelspekulation und illegale Landnahme müssen verhindert werden. Auf internationaler Ebene ist ein Frühwarnsystem für Hungerkrisen einzurichten. Aber nicht nur die Geberländer sind gefordert. Insbesondere die Partnerländer im Süden stehen in der Pflicht, ihre Landwirtschaft auf der Basis umfassender Landnutzungsplanungen gezielt auf- und auszubauen. Denn gerade Agrar- und Bodenrechtsreformen leisten einen wesentlichen Beitrag für ein agrargestütztes, breitenwirksames Wirtschaftswachstum.

VERANSTALTUNGEN

Wie sexistisch ist unsere Gesellschaft?

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 20. Februar 2013 zu einem spannenden Gespräch anlässlich der Debatte über Sexismus in den Reichstag eingeladen. Neben Christine Lambrecht, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, und Burkhard Lischka, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, diskutierten Anne Wizorek, die den #Aufschrei in den sozialen Medien losgetreten hat, Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und Karin Schwendler, Leiterin des Bereichs Frauen- und Gleichstellungspolitik bei ver.di.

Christine Lambrecht zog zu Beginn der Veranstaltung einen Vergleich zwischen Elisabeth Selbert, einer der vier Mütter des Grundgesetzes, und Anne Wizorek. Beide hätten einen Sturm der Empörung unter Frauen entfacht wegen der Ungleichbehandlung von Frauen in der Gesellschaft. Selbert erreichte, dass im Grundgesetz mit Artikel 3 die Rechte der Frau verankert wurden. Anne Wizorek habe es geschafft, mit ihrem Twitter-Hashtag Aufschrei ein Ventil für die täglichen persönlichen Erfahrungen mit Sexismus für Frauen zu schaffen und damit eine gesellschaftliche Debatte loszutreten.

Die große Beteiligung legt offen, dass ein Nerv getroffen wurde: „Es zeigt, es wurde ein Tabu gebrochen, und es besteht ein gesellschaftliches Bedürfnis, über Gleichberechtigung zu diskutieren“, sagte Lambrecht. Jetzt müsse die Aufbruchstimmung genutzt werden, um sich auszutauschen und um eine Bestandsaufnahme zu machen, wie und in welcher Form Frauen und Männer heute Sexismus erleben.

„Es gibt Sanktionsmöglichkeiten“

Damit sich die Lage der Frau verbessere, so Anne Wizorek, müsse die Situation sich vonseiten der Täter ändern, nicht vonseiten der Opfer. Die Diskussion im Netz wirke für viele Frauen wie eine Art „Katharsis“, eine Befreiung vom Schamgefühl durch die Gemeinschaft, was ihnen den Mut gibt, sich jetzt zu wehren. Die Zuschriften, insbesondere von über sich selbst schockierten Männern, zeigten die Dimension der Debatte. „Wir streben einen fundamentalen Wandel an“, erklärte Wizorek.

„Frauen und Männer wissen genau, wann eine Grenzüberschreitung vorliegt“. Nach Meinung Wizoreks sei der Interpretationsspielraum bei Belästigungen eher gering, deshalb sei die rechtliche Situation eigentlich klar. Frauen müssen sich wehren, denn „es gibt Sanktionsmöglichkeiten!“ Die müssen Arbeitgeber anwenden, um ihre Angestellten zu schützen.

Sanktionsmöglichkeiten reichten aber nicht aus, so Karin Schwendler, es müssen auch strukturelle Veränderungen passieren. Der DGB habe die Beobachtung gemacht, dass Frauen in führenden Positionen das Betriebsklima positiv beeinflussen würden. Auch die Einrichtung von Beratungsstellen in großen Unternehmen habe einen positiven Einfluss. Denn das Problem sei, dass zwar mehr als jede zweite Frau belästigt werde, aber nur sechs Prozent von ihnen sich aktiv wehrten.

„Sexismus ist so lästig wie ein Mückenschwarm“

Das große Publikum, in dem sich auch viele Männer befanden, beteiligte sich rege an der Debatte. Es wurde vor allem von persönlichen Erfahrungen berichtet und erste Lösungsvorschläge diskutiert. Es herrschte aber eine gewisse Resignation vor, dass sich seit 40 Jahren, seit dem Beginn der Debatte um die Gleichberechtigung und Sexismus, nur anscheinend wenig getan habe. Gerade die Männer im Publikum forderten einen grundsätzlichen Wertewandel. Es bräuhete neue Rollenbilder für Frauen und Männer, um die Diskriminierung zu beenden.

Burkhard Lischka fasste am Ende die Debatte noch einmal zusammen. Es sei ihm bewusst, dass dies nur eine erste, „oberflächliche“ Diskussion sei, aber auch eine „notwendige Debatte über den Irrtum, man wäre schon weiter.“ Jede zweite Frau habe, so Lischka, sexuelle Belästigung erlebt. „Alltagssexismus ist so lästig wie eine Mückenplage“, man entkomme ihm kaum, und es sei schwierig sich gegen ihn zu wehren. Diese Veranstaltung sei ein erster Auftakt in der Hoffnung, dass sich die Gesellschaft ändern werde.

Am Ende der Veranstaltung luden Christine Lambrecht und Burkhard Lischka zu der kommenden Veranstaltung anlässlich des Internationalen Frauentags am 27. Februar ein. Anmelden unter www.spdfraktion.de.

Überschätzt sich die Türkei?

In der jüngsten Vergangenheit ist die Türkei verstärkt in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt, unter anderem durch die Stationierung von Patriot-Abwehrraketen im Zusammenhang mit dem syrischen Bürgerkrieg. Hinzu kommen das verstärkte Engagement der Türkei in der Region und die Unterstützung bestimmter politischer Kräfte in den arabischen und nordafrikanischen Transformationsstaaten. Auf einer Veranstaltung der SPD-Fraktion mit dem Leiter der Nahostredaktion der „Zeit“, Michael Thumann, wurde diskutiert, inwieweit die Türkei als verantwortungsvoller und zunehmend selbstbewusster Akteur handelt oder sich zum Teil auch selbst überschätzt.

Die SPD-Bundestagsfraktion, die Auslandsgesellschaft Deutschland e. V. und die Stiftung Zentrum für Türkei Studien und Integrationsforschung (ZfTI) hatten an diesem Mittwoch zu einer kontroversen Diskussion in den Otto-Wels-Saal im Reichstagsgebäude eingeladen. Als Hauptredner zum Thema „Türkei: Ordnungsmacht zwischen Verantwortung und Selbstüberschätzung“ war der Leiter der ZEIT-Redaktion für den Mittleren und Nahen Osten, Michael Thumann, eingeladen. Daneben sprachen Johannes Kahrs, Vorsitzender der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe, Wolfgang Kuschke, NRW-Europaminister a. D. und Vorsitzender des ZfTI Essen, Gernot Eler, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, sowie Prof. Dr. Haci Halil Uslucan, wissenschaftlicher Direktor des ZfTI.

Vor einem großen Publikum begrüßte Johannes Kahrs die anwesenden Gäste. Die Beziehungen der EU und Deutschlands mit der Türkei hätten sich in den letzten drei Jahren grundsätzlich verändert. Die Türkei habe sich weg von Europa orientiert, da gerade Deutschland und Frankreich den Beitritt blockiert hätten. Selbst Helmut Kohl sei in dieser Frage fortschrittlicher gewesen als Bundeskanzlerin Merkel. Um wieder mehr Einfluss auf die teilweise problematische Menschenrechtssituation in der Türkei ausüben zu können, müsse man, so Kahrs, „aufzeigen, dass es eine Perspektive gibt.“

Wolfgang Kuschke betonte, die Grundlage der Arbeit des ZfTI sei die Frage: „Wie können wir als Staaten und Bürger voneinander lernen?“ Deshalb sei es so wichtig, in ständigem Austausch die Zivilgesellschaft zu aktivieren und die gemeinschaftlichen Bemühungen in den Ländern zusammenzuführen.

Die Außenpolitik der Türkei, der Syrienkonflikt und der Arabische Frühling und die engen kulturellen wie wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei waren die Themen des Impulsreferats von Gernot Erler. Das Vorgehen der Türkei habe sich von einer „Null-Problem-Politik“ zu einem außenpolitischen Aktionismus gewandelt. „Heute gehen wir von einem völlig anderen Selbstbewusstsein aus“, fasste Erler die derzeitige Situation zusammen.

Dieser Meinung schloss sich Michael Thumann an. Die Türkei handle nicht aus ideologisch-religiösen Motiven, sondern aus nationalen und wirtschaftlichen Interessen. Anhand des Syrienkonflikts zeige sich, dass ein neuer „Kalter Krieg“ im Nahen und Mittleren Osten ausgebrochen sei, mit der Türkei und dem Iran im Zentrum. Dabei stütze sich der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan auf pragmatische Koalitionen, um seinen Einfluss in der Region zu vergrößern. Ob sich aber die Türkei als Regionalmacht etablieren wird, machte Thumann von der raschen Lösung innenpolitischer Probleme abhängig.

Die Türkei befinde sich mitten in einer Phase der Neuorientierung. Nachdem sich die Beitrittsverhandlungen mit der EU verzögert hätten, orientiere sich das Land verstärkt in Richtung des Nahen und Mittleren Ostens. Insbesondere während des „Arabischen Frühlings“ und im Syrienkonflikt übernehme die Türkei eine führende Rolle. Erdogan habe frühzeitig versucht, das islamisch geprägte System zu exportieren und seiner Regierungspartei AKP nahe stehenden Parteien wie die Muslimbrüder zu fördern. Gleichzeitig versuche die Türkei, sich weiter in der Nato zu profilieren. Gerade durch die Aufstellung der Patriot-Raketen habe die Türkei ihre enge Einbindung und Partnerschaft mit seinen westlichen Verbündeten bewiesen, sagte Thumann.

Im Anschluss an den Vortrag von Michael Thumann wurde angeregt mit dem Publikum diskutiert. In vielen Beiträgen und Fragen an das Podium wurden auch innenpolitische Aspekte näher beleuchtet. Unter anderem ging es dabei auch um das Verhältnis der Regierung zur kurdischen Arbeiterpartei PKK und deren Vorsitzenden Abdullah Öcalan, der seit 1999 auf einer Gefangeneninsel inhaftiert ist. Zu diesem innenpolitischen Konflikt, der durch die Nähe der PKK zu Syrien auch außenpolitische Wirkung hat, stellte Thumann fest, dass eine Einigung zwischen Regierung und PKK nicht unmittelbar bevorstehe. „Was die PKK will, unterscheidet sich noch stark von dem, was Ankara zu geben bereit ist“, sagte Thumann.

Das Schlusswort hatte Professor Uslucan, wissenschaftlicher Direktor des ZfTI. Er freue sich, dass das Interesse über die Türkei so groß sei und forderte angesichts dieses großen Bedürfnisses, dass der Wissensbedarf zukünftig noch stärker systematisiert werden solle. Unter anderem auch durch das ZfTI, aber auch durch Forschungseinrichtungen in der Türkei. Einen Fokus legte er dabei auf die Integrationsforschung, die auch eine zunehmend wichtige Rolle in der Türkei spiele. Schließlich sei auch die Türkei ein Einwanderungsland. Von einer wissenschaftlichen Allianz zwischen Deutschland und der Türkei profitierten beide Seiten

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>